



Barbara Woltmann

Berliner Wochenbericht

Januar 2017

CDU/CSU
Fraktion im Deutschen Bundestag

Trauer für die Opfer des Terroranschlages - Stärkung der inneren Sicherheit

Zu Beginn des neuen Jahres sind wir im Bundestag nicht einfach zur Tagesordnung übergegangen, sondern haben im Plenum im Andenken an die Opfer des Terroranschlages vom 19. Dezember 2016 auf den Weihnachtsmarkt am Berliner Breitscheidplatz, dem 12 Menschen zum Opfer fielen und viele verletzt wurden, innegehalten. Unsere Gedanken sind bei ihnen und ihren Familien.

Nun setzen wir im Parlament alles daran, dass der Fall des tunesischen Attentäters Anis Amri, der sich als Asylbewerber verschiedene Identitäten verschaffte und von den Polizeibehörden in Nordrhein-Westfalen und in Berlin sogar als „Gefährder“ eingestuft wurde, sorgfältig aufgeklärt wird. Zum Zwecke einer schnellen parlamentarischen Aufbereitung des Terroranschlags hat sich das Parlamentarische Kontrollgremium des Deutschen Bundestages auf die Einsetzung einer „Task Force“ verständigt. Sie soll unter anderem den Informationsfluss im Gemeinsamen Terrorabwehrzentrum (GTAZ) von Bund und Ländern unter die Lupe nehmen, in dem der Fall des späteren Attentäters mehrfach thematisiert worden war. Nicht ausgeschlossen ist, dass der Bundestag je nach Fortgang der Aufklärung auch einen Parlamentarischen Untersuchungsausschuss zu dem Fall Amri einsetzt. Einen solchen Schritt behielten sich Vertreter der Oppositionsfractionen vergangene Woche vor. Die Union zeigte sich für eine solche Einsetzung ebenso wie für weitere Sondersitzungen des Innenausschusses ausdrücklich offen.

Wir müssen unsere Sicherheitsstruktur in Deutschland überdenken, wie es zu Beginn des Jahres schon Bundesinnenminister Thomas de Maizière angekündigt hat. Konkret haben wir in der vergangenen Sitzungswoche über wichtige Gesetzesentwürfe beraten. Der terroristische Anschlag und die jüngsten Gewaltexzesse in Berliner U-Bahnhöfen haben gezeigt, dass die Ausweitung der Videotechnik unerlässlich ist. Nicht nur dient der Einsatz dieser Technik der Verfolgung von Straftätern. Videoüberwachung wirkt insbesondere im Bereich der Alltagskriminalität abschreckend, denn auf gestochen scharfe Bilder „in flagranti“ sind wenige Täter scharf. Dass sich der rot-rot-grüne Senat in Berlin weiterhin gegen eine Ausweitung der Videoüberwachung sperrt, ist nicht nachvollziehbar – zumal Täter erst jüngst innerhalb von Stunden nach der Veröffentlichung von Bildsequenzen identifiziert werden konnten. Im Bund tun wir alles dafür, um die Videoüberwachung an sensiblen Punkten zu stärken. Mit dem Videoüberwachungsverbesserungsgesetz berieten wir nun einen Vorschlag unseres Bundesinnenministers, der den Einsatz dieser Technik an öffentlich zugänglichen Anlagen wie Einkaufszentren und Sportstätten erleichtern wird. Darüber hinaus wollen wir der Bundespolizei den Einsatz automatischer Kennzeichenlesesysteme ermöglichen, um besser nach gesuchten Fahrzeugen und Insassen fahnden zu können. Auch wollen wir durch Technik unsere Polizisten besser schützen. Deshalb schaffen wir die Voraussetzung zum Einsatz körpfernah getragener Kameras, sogenannter Bodycams. Die kleinen Geräte sind geeignet, Gewalt gegen Polizeibeamte einzudämmen und zugleich Straf- und Ordnungswidrigkeiten besser verfolgen zu können.

Vorschau- Termine Februar 2017

Berlin

11. Februar, 17.00 Uhr
**Sitzung der CDU/CSU-
Fraktion in der 16. Bundes-
versammlung**
CDU/CSU-Fraktionssaal, Berlin

12. Februar, 12.00 Uhr
Bundesversammlung
**Wahl des
Bundespräsidenten**
Reichstagsgebäude

Sitzungswochen

13. - 17. Februar

13. Februar, 08.00 Uhr
**Sondersitzung des Innen-
ausschusses des Deut-
schen Bundestages zum
Fall Amri**
Berlin

13. Februar, 19.30 Uhr
**Sitzung der CDU-
Landesgruppe
Niedersachsen**
Berlin

16. Februar, 15.00 Uhr
**Fachgespräch der CDU/
CSU-Fraktion zum Thema
„Antiziganismus“**
Berlin

Wahlkreis

20. Februar, 19.00 Uhr
Politischer Stammtisch
Ratskeller, Markt 1
Oldenburg

21. Februar, 16.00 Uhr
**Bürgersprechstunde in
Oldenburg**
Wahlkreisbüro, Unterm Berg 20

Kontakt

Büro Berlin

Barbara Woltmann MdB

Platz der Republik

11011 Berlin

Tel: (030) 227-78366

barbara.woltmann.ma04@bundestag.de

Berliner Wochenbericht

Januar 2017

CDU/CSU
Fraktion im Deutschen Bundestag

Deutsche Wirtschaft in sehr guter Verfassung

Auch der letzte Jahreswirtschaftsbericht dieser Wahlperiode bestätigt die stabil positive Wirtschaftsentwicklung trotz eines schwierigen internationalen Umfelds. Die Arbeitslosigkeit befindet sich auf dem niedrigsten Stand seit der Wiedervereinigung (5,8%), die Beschäftigung auf einem Höchststand (31,7 Mio. Beschäftigte). Die Löhne und Gehälter verzeichnen starke Zuwächse. Das ist unsere Politik des Wohlstands für alle. Für das Jahr 2017 erwartet die Bundesregierung ein Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts von 1,4 Prozent. Die gute Wirtschaftsentwicklung ist auch Ergebnis unserer Haushalts- und Finanzpolitik der schwarzen Null und der ständig steigenden Ausgaben für Bildung und Forschung. Aber wir lehnen uns nicht zurück. In Bereichen wie Digitalisierung, Fachkräftesicherung, Flexibilität des Arbeitsmarktes, Bezahlbarkeit der Energieversorgung oder Integration von Migranten müssen wir erhebliche Herausforderungen anpacken. Ein großes Anliegen ist uns, die kräftig angehobenen Bundesmittel für öffentliche Investitionen schneller in die Tat und in konkrete Vorhaben umzusetzen. Der Jahreswirtschaftsbericht enthält eine Übersicht der vielfältigen Maßnahmen zur Stärkung öffentlicher wie auch privater Investitionen. Dies bestärkt uns darin, den Haushaltsüberschuss 2016 aus Gründen der Generationengerechtigkeit jetzt zur Tilgung von Schulden zu verwenden. Eine Änderung an der Spitze des Wirtschaftsministeriums wurde in dieser Woche vollzogen. Sigmar Gabriel wechselt ins Auswärtige Amt, seine Nachfolgerin ist nun Brigitte Zypries.

Neuregelung der Zeitumstellung

Wir von der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag sprechen uns dafür aus, die Umstellung von der Winterzeit auf die Sommerzeit abzuschaffen und eine Neuregelung für ein dauerhaftes einheitliches Zeitregime in Europa zu treffen. Damit der EU-Binnenmarkt nicht durch unterschiedliche Zeitregelungen in den EU-Mitgliedstaaten gestört wird, wurde die Sommerzeit in den neunziger Jahren in der EU vollständig harmonisiert. Allerdings ist die Zeitumstellung, die zweimal jährlich durchgeführt wird mit unnötigen finanziellen und administrativen Kosten verbunden. Das ursprünglich angeführte Argument, im Sommer durch die längere Tageshelligkeit am Abend Energie sparen zu können, sind laut Studien allenfalls minimal und zu vernachlässigen. Ich halte die Zielrichtung der CDU/CSU-Fraktion für richtig und werde mich dafür einsetzen!



Neujahrsempfang der Landesgruppe

CDU Niedersachsen im Deutschen Bundestag

Drei starke Frauen aus Niedersachsen - mit Bundesverteidigungsministerin Ursula von der Leyen und der Parlamentarischen Staatssekretärin beim Bundesminister für Ernährung und Landwirtschaft Dr. Maria Flachsbarth beim Neujahrsempfang der CDU Landesgruppe Niedersachsen in der Deutschen Parlamentarischen Gesellschaft. Wie jedes Jahr stimmte sich unsere Landesgruppe auf das neue Jahr ein, diesmal mit dem Gastredner Bundesfinanzminister Dr. Wolfgang Schäuble, der uns ein arbeitsreiches Wahljahr aufzeigte. Besonders gefreut habe ich mich über die netten Glückwünsche zu meinem runden Geburtstag!